Landeshauptstadt Magdeburg – Die Oberbürgermeisterin –		Drucksache DS0190/23	Datum 03.04.2023
Dezernat: VI	Amt 61	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Die Oberbürgermeisterin	13.06.2023	nicht öffentlich	Genehmigung OB
Ausschuss für Umwelt und Energie	27.06.2023	öffentlich	Beratung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	29.06.2023	öffentlich	Beratung
Stadtrat	17.08.2023	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen Amt 66, FB 23, FB 62, FB 67, III, SFM, VI/04	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		X
	KFP		X
	BFP		X
	Klimarelevanz	X	

Kurztitel

Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum Bebauungsplan Nr. 430-2 „Leipziger Chaussee/Am Hopfengarten“

Beschlussvorschlag:

- Über die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 vorgebrachten Anregungen beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg die Zwischenabwägung (Anlage 1) gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB:

Schwerpunkt-Themen:

1.1. Schallschutz

- Hinweis auf massive Verkehrslärmbeeinträchtigungen durch Kfz- und Straßenbahnverkehr auf der Leipziger Chaussee, schalltechnische Untersuchung (öko control, 18.10.2021) stellt Überschreitung der Orientierungswerte fest
- daher Festsetzung von baulichen und passiven Schallschutzmaßnahmen im B-Plan

Den Anregungen wird gefolgt gemäß Anlage 1, Anregung Nr. B 8.1 und 8.2

1.2. Bäume

- gemäß geändertem Aufstellungsbeschluss Stadtratsbeschluss-Nr. 165-004(VII)19 wurden die Planungsziele ergänzt durch: Der Baumbestand ist weitmöglichst zu erhalten.
- in der Bürger*innenversammlung wurde der Erhalt der großen Walussbäume sowie die Anordnung einer Baumreihe auf der Seitenbahn der Leipziger Chaussee angeregt

- die untere Naturschutzbehörde regt an, den Geltungsbereich zu erweitern, um die Festsetzung einer neuen Baumreihe zu ermöglichen sowie eine detaillierte Festsetzung zum Straßenbau zu treffen, um den Walnussbaum an der Planstraße zu erhalten.

Den Anregungen wird teilweise gefolgt gem. Anlage 1, Anregungen Nr. A 3.1, A 3.2, B 9.1, B 9.2

1.3 Umgang mit Höhenversprung

- zwischen Oberkante Fußweg und städtischem Baugrundstück ist ein Geländesprung von ca. 1m
- zur Sicherung der Böschung und Verbreiterung der Seitenbahn (neue Baumreihe, Fußweg, Radweg) sowie barrierefreier fußläufiger Erschließung ist eine Geländeaufschüttung notwendig
- der komplette Erhalt der Bestandsbäume ist daher nicht möglich. Es sind 33 Bäume im Plangebiet gemäß Baumschutzsatzung vorhanden, gemäß Umweltbericht erfolgen 60 Ersatzpflanzungen

Der Anregung wird gefolgt gemäß Anlage 1, Anregung Nr. B 9.5

In Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander werden die Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungskatalog (Anlage 1 zur DS) berücksichtigt.

2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Bürger*innen, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von dem Ergebnis der Abwägung in Kenntnis zu setzen.

Finanzielle Auswirkungen

Organisationseinheit		Pflichtaufgabe	X	ja		nein
----------------------	--	----------------	---	----	--	------

Produkt Nr.	Haushaltskonsolidierungsmaßnahme				
		ja, Nr.			nein
Maßnahmebeginn/Jahr	Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt				
	JA		NEIN		X

A. Ergebnisplanung/Konsumtiver Haushalt

Budget/Deckungskreis:

I. Aufwand (inkl. Afa)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Ertrag (inkl. Sopo Auflösung)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

B. Investitionsplanung

Investitionsnummer:

Investitionsgruppe:

I. Zugänge zum Anlagevermögen (Auszahlungen - gesamt)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Zuwendungen Investitionen (Einzahlungen - Fördermittel und Drittmittel)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

III. Eigenanteil / Saldo					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

IV. Verpflichtungsermächtigungen (VE)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
gesamt:					
20...					
für					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

V. Erheblichkeitsgrenze (DS0178/09) Gesamtwert	
☐	bis 60 Tsd. € (Sammelposten)
☐	> 500 Tsd. € (Einzelveranschlagung)
☐	> 1,5 Mio. € (erhebliche finanzielle Bedeutung)
☐	Anlage Grundsatzbeschluss Nr.
☐	Anlage Kostenberechnung
☐	Anlage Wirtschaftlichkeitsvergleich
☐	Anlage Folgekostenberechnung

C. Anlagevermögen

Investitionsnummer:

--

Buchwert in €:

--

Datum Inbetriebnahme:

--

Anlage neu

JA

Auswirkungen auf das Anlagevermögen					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	bitte ankreuzen	
				Zugang	Abgang
20...					

federführendes Amt 61	Sachbearbeiterin Frau Calehn Tel. 5382	Unterschrift AL Dr.-Ing. habil. Lerm
--------------------------	--	---

Verantwortliche(r) Beigeordneter VI	i. A. Frau Scheerenberg Unterschrift Herr Rehbaum
--	--

Termin für die Beschlusskontrolle	14.09.2023
-----------------------------------	------------

Begründung:

Nach § 1 Abs. 7 BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Dieses Gebot der gerechten Abwägung ist die rechtliche Grenze der gemeindlichen Planungshoheit.

Ziel der Abwägung ist ein Ausgleich der von der städtischen Planung berührten Belange. Dabei sind Belange für die bauplanerische Abwägung nur erheblich, soweit sie in der konkreten Planungssituation einen bodenrechtlichen Bezug haben und damit eine städtebauliche Relevanz.

Die vollständige Übersicht aller Anregungen mit den dazugehörigen Abwägungen gibt der beiliegende Abwägungskatalog (Anlage 1).

Anlagen:

DS0190/23 Anlage 1 Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung)